

„Piratenprozess“ in Hamburg - alles unklar?

„Sie leben im Paradies, wir in der Hölle!“

Der erste 'Piratenprozess' seit 400 Jahren läuft nicht wie geplant. Der Prozess, in dem schon die ersten Plädoyers gehalten wurden, geht nun doch noch weiter und keiner weiß was als nächstes passieren wird.

„Wir waren eine Gruppe von Fischern, die keine Fische mehr fangen konnten. Am schlimmsten war es, als der Tsunami kam. Alles wurde weg geschwemmt, unsere Boote, unsere Häuser. Seit dem haben wir ein schlechtes Leben. Der Brunnen war vergiftet, man konnte nicht mehr daraus trinken. Während des Tsunamis kamen Hilfsorganisationen und halfen uns, zu überleben. Sie gaben uns Essen und so konnten wir uns notdürftig ernähren. Mit dem Bürgerkrieg gingen die Hilfsorganisationen weg und wir waren auf uns selbst angewiesen. Viele starben. Ich musste zwei Familien ernähren, aber ich hatte nichts. Wir litten sehr an Hunger, eine lange Zeit lang. Ich habe mich danach gesehnt, eine Möglichkeit zu finden, wie ich etwas Essbares für meine Familie finden kann.“ - Aussage eines Angeklagten im sogenannten Piratenprozess.

In dem Prozess gegen zehn somalische Männer und Jugendliche vor dem Hamburger Landgericht hat es eine unerwartete Wendung gegeben. Nach 77 langen und langwierigen Verhandlungstagen, an denen jedes Wort von Dolmetschern übersetzt und in die Kopfhörer der Angeklagten übertragen werden musste, machte am 29. Februar 2012 einer der Angeklagten eine umfangreiche Aussage zum Tathergang, mit der er alle anderen Angeklagten schwer belastet. Am vorherigen Tag hatte das Gericht sich gerade entschlossen, das Verfahren aufzuteilen, um es zumindest für einen Teil der Angeklagten endlich zu Ende zu bringen. Sämtliche Angeklagten, darunter drei Jugendliche, befinden sich seit fast zwei Jahren in Untersuchungshaft.

„Seit meiner Gefangennahme ist ein Kind geboren und ein anderes hat sprechen gelernt“ - dieser Satz eines der Angeklagten, macht den Zeitraum deutlich. Jetzt wurde die Aufteilung des Verfahrens rückgängig gemacht und die Angeklagten müssen sich auf weitere lange Tage im Gerichtssaal einrichten. Den Zehn wird vorgeworfen im April 2010 den unter deutscher Flagge fahrenden Frachter 'Taipan' angegriffen und in ihre Gewalt gebracht zu haben.

Die Mannschaft der 'Taipan' hatte sich in einen sicheren Raum im Schiffsinnen zurückgezogen, und eine holländische Marineeinheit hatte die Piraten überwältigt und festgenommen.

Diese wurden dann nach Deutschland überstellt, wo ihnen seit November 2010 der Prozess gemacht wird.

Das Gericht hat den ersten Teil des Prozesses damit zugebracht, das Alter der Angeklagten zu bestimmen. Dabei wurden eine somalische Geburtsurkunde, die schriftlichen Aussagen einer Mutter, sowie die Bestätigung einer Schule geflissentlich ignoriert und stattdessen den angeblich wissenschaftlichen Erkenntnissen deutscher Gerichtsmediziner geglaubt.

Mit den gleichen zweifelhaften Methoden werden seit Jahren minderjährige Flüchtlinge vom Gerichtsmedizinischen Institut der Universität Hamburg 'älter gemacht' - womit deren Abschiebung erleichtert wird. Nebenbei forscht der Leiter des Instituts, Klaus Püschel, am Schädel von Störtebeker.

Dann wurden die Mannschaften der 'Taipan' und die der holländischen Fregatte 'Tromp' gehört sowie europäische 'Somalia-Experten'.

Aus Somalia selbst wurde kein Fortsetzung auf Seite 2

Konsequenzen aus dem Super-GAU in Fukushima:

Sofortige Stilllegung aller Atomanlagen weltweit!

Seite 3 ff.



Gronau, 11. März 2012. Nach ihrer bewegenden Rede vor 4.000 Anti-Atomkraft-DemonstrantInnen wurde Naho Dietrich Nemoto aus Fukushima von Kamarateams belagert. Foto: Michael Schulze von Glaßer

Krieg beginnt hier

Die Aktivistin und GWR-Autorin Hanna Poddig sitzt wegen einer antimilitaristischen Aktion im Knast

Seite 12



März 2012. Solidaritätsaktion für Hanna Poddig

Foto: privat

Aus dem Inhalt

Keinen Meter den Nazis

Antifa-Demoübliche: Dresden und Münster
Seite 2 und 4

Politische Ökologie

Ein Interview mit Dr. med. Michael Wilk
Seite 3

Keksprozess

Freispruch mit bitterem Nachgeschmack
Seite 4

Wald statt Kohle!

Gewaltfreier Widerstand gegen Braunkohleabbau
Seite 5

Proteste gegen ACTA

Anti-Counterfeiting Trade Agreement
Seite 7

Griechenland

Sparidkat produziert Obdachlose und Tote
Seite 8

Das Ende des Anarchismus auf Kuba

Und heute? Ein kritischer Blick auf Venezuela
Seite 9

Von der Demokratisierung der Städte zur Sozialen Ökologie

Ein Interview mit Dimitri Roussopoulos (Black Rose Verlag, Kanada)
Seite 10 f.

Aktiver Pazifismus heute

Seine Probleme, Formen und Inhalte in der Weltmilitär- und Wirtschaftsmacht Bundesrepublik Deutschland
Seite 13

Was ist in Syrien los?

Praktische Solidarität und antimilitaristische Praxis
Seite 14 f.

Honeckers Achselhöhlendünste

Zur „Bibliothek des Widerstands“
Seite 16

Neo-Nazi-Eugenik:

Viele AntifaschistInnen schauen nicht hin?
Seite 17

Ideologiekritik? Denunziation?

In der Auseinandersetzung mit naturalistischer Religionskritik dominieren derzeit irrationale Elemente
Seite 18



Solidarität mit Hanna Poddig!

Bitte übernehmt Knastpatenschaften für die inhaftierte Aktivistin

Editorial

Liebe Leserinnen und Leser,

der März war ein ereignisreicher Monat, was sich zum Teil auch in dieser GWR widerspiegelt. Erfreulich ist, dass auch ein Jahr nach Beginn der Atomkatastrophe in Fukushima und trotz des von Parteien verkündeten „Atomausstiegs“ (am Sankt Nimmerleinstag) wieder viele Menschen für eine sofortige weltweite Stilllegung aller Atomanlagen auf die Straße gegangen sind. Zum Bewegendsten, was ich in diesem Zusammenhang hören durfte, gehört die Rede, die Naho Dietrich Nemoto aus Fukushima in Gronau gehalten hat.¹ Rund 4.000 Menschen hörten Naho am 11. März 2012 zu. Während ihrer Rede hätte mensch eine Stecknadel fallen hören können.²

Eine andere Autorin der *Graswurzelrevolution* sitzt seit Mitte März 2012 im Gefängnis. Hanna Poddig soll wegen einer antimilitaristischen Gleisblockade 90 Tage im Knast sitzen. Zuvor war sie wegen dieser direkten gewaltfreien Aktion zu 90 Tagessätzen wegen „Nötigung“ und „Störung öffentlicher Betriebe“ verurteilt worden. Ich habe eine „Knastpatenschaft“ für Hanna übernommen und würde mich freuen, wenn das auch viele GWR-LeserInnen machen würden.³

Über die Hintergründe von Hannas Verfahren berichtet Franziska Wittig im Rahmen des antimilitaristischen GWR 368-Schwerpunktes (S. 12-14): „Krieg beginnt vor unserer Haustür. Haft aus Protest gegen den kriegerischen Normalzustand“. In dieser Ausgabe gibt es wieder viele spannenden Artikel und Interviews.

Viel Spaß beim Lesen!

Li(e)bertäre und solidarische Grüße,

Bernd Drücke (GWR-Koordinationsredakteur)

Anmerkungen:

¹ siehe auch "Die Selbstverständlichkeit des Alltags ist verschwunden, Artikel von Naho Dietrich Nemoto, in: GWR 367, März 2012, S. 12 ff.

² Ich habe Nahos Rede mit einem Handy gefilmt und das Wackelvideo dokumentiert, unter: www.youtube.com/watch?v=QaqWu-s0a2Q

³ Infos dazu: <http://krieg.nirgendwo.info/2012/03/22/breite-solidarisierung-mit-inhaftierter-antimilitaristin/>

Ein schwarzer Tag

1.500 PolizistInnen setzten am 3. März einen Marsch von 311 Nazis gegen 7.000 AntifaschistInnen in Münster durch

Kommentar

Zuletzt 2006 hatten „autonome Nationalisten“ versucht, in Münster einen „reichsweiten“ Naziaufmarsch zu machen. Obwohl 3.000 AntifaschistInnen damals von der Polizei daran gehindert wurden, in das betroffene Hansaviertel zu kommen, gelang es rund 2.000 couragierten AnwohnerInnen, durch eine Blockade den Aufmarsch von 170 Neonazis nach wenigen Metern zu stoppen. Aus den Häusern flogen damals Tomaten und Eier auf die Faschisten und das betroffene Hansaviertel war mit antifaschistischen Transparenten geschmückt. Der erfolgreiche Protest sorgte dafür, dass Neonazis sechs Jahre lang einen großen Bogen um die Fahrradhauptstadt machten bzw. sich selten zu erkennen gaben.

Anfang 2012 verkündeten die „Nationalen Sozialisten Münster“ auf ihrer Homepage, dass sie „die vielleicht letzte rote Hochburg Westfalens stürmen“ wollen.

Dies ist den 311 Neonazis um Christian Worch am 3. März 2012 nicht gelungen. 7.000 Menschen beteiligten sich lautstark an den antifaschistischen Protestaktionen gegen die Nazis. Ein Bündnis von 140 Gruppen und Organisationen, darunter auch die *Graswurzelrevolution*, hatte zu den Protesten gegen den Naziaufmarsch aufgerufen (vgl. GWR 366). Viele Menschen im betroffenen Rumpthorstviertel wurden durch die Ereignisse politisiert und schlossen sich couragiert und gemeinschaftlich im Protest gegen Nazis und Polizeigewalt zusammen.

Trotzdem feierten die Nazis sich und die von ihnen auf Twitter als „Kameraden von der Polizei“ gelobten 1.500 BeamtInnen. Letztere hatten mit Wasserwerfern, Pfefferspray, Hunden und berittenen Einheiten ein ganzes Stadtviertel gegen den Willen der Bevölkerung abgeriegelt und einen langen Nazimarsch ermöglicht. Während die Nazis ungehindert menschenverachtende Parolen wie z.B. „Linkes Gezeter, 9 Millimeter“, und „Deutschland den Deutschen, Ausländer raus!“ grölten und mehrere Kundgebungen machen konnten, ging die Polizei mit Gewalt gegen anti-



7.000 Menschen demonstrierten in Münster gegen einen Naziaufmarsch. Foto: Bernd Drücke

faschistische DemonstrantInnen und AnwohnerInnen des betroffenen Rumpthorstviertels vor. Blockaden wurden aufgelöst oder umgangen. Ein 20-jähriger Gegendemonstrant wurde von mehreren Beamten so brutal verprügelt, dass er danach tagelang in Lebensgefahr schwebte. Eine Frau, die die PolizistInnen aufgefordert hatte, mit dem Verprügeln des Jungen aufzuhören, wurde von einem Beamten bedroht: „Willst Du die nächste sein?“ Am Abend empörte sie sich in der WDR Lokalzeit Münsterland.

Eine Bundestagsabgeordnete der Linkspartei musste sich auf der Wache ausziehen und einer demütigenden Prozedur unterziehen, weil sie die Polizei gebeten hatte, nicht weiter mit rücksichtsloser Gewalt gegen DemonstrantInnen vorzugehen.

Der grüne Polizeipräsident Hubert Wimber zeichnete unterdessen das Zerrbild von 300, dann 600 und zuletzt „bis zu 800 gewaltbereiten Antifaschisten“, die er ebenso wenig in Münster haben wolle wie die Nazis. Eine nicht nur angesichts der 182 von Nazis seit 1990 begangenen Morde

unglaubliche Gleichsetzung, die leider auch weitgehend unreflektiert von den Medien übernommen wurde.

„Auch der gewalttätige Übergriff mehrerer Polizisten auf einen 20-jährigen Gegendemonstranten wurde von Wimber gerechtfertigt. Er argumentiert, wie er es bereits zuvor in der Presse getan hatte, damit, dass der Verletzte kurz zuvor eine Flasche geworfen habe. Mit diesem vermeintlichen Flaschenwurf, für den er bisher einen Beweis schuldig geblieben ist, rechtfertigte er die brutale Selbstjustiz der Polizisten. (...) Nur durch eine zufällig anwesende Notärztin konnte Schlimmeres verhindert werden. Wären die Täter keine Polizisten, sondern Jugendliche in einer S-Bahn, wäre die Tat sofort als ein versuchter Mord/Totschlag aufgenommen worden“, so das *Bündnis Keinen Meter den Nazis*.

Der 3. März war ein schwarzer Tag für Münster. Die „Nationalen Sozialisten Münster“ fühlen sich bestärkt und haben bereits angekündigt, dass sie 2013 einen weiteren Aufmarsch in der „Westfalenmetropole“ machen wollen.

In Dortmund wurden die Naziaufmärsche jahrelang von der Polizei gegen die AntifaschistInnen durchgesetzt. Die Folgen: Dortmund ist heute die Stadt mit der größten Naziszene in NRW. Auf deren Konto gehen u.a. der Mord an einem Dortmunder Punk, Anschläge auf linke Kneipen und rassistische Übergriffe gegen „ausländisch“ aussehende Menschen.

Ähnliche Zustände drohen überall da, wo Nazis von der Polizei hofiert und ihre Aufmärsche gegen die Bevölkerung durchgesetzt werden. Dagegen helfen eine verstärkte Aufklärungsarbeit und die massenhafte Blockade aller Naziaufmärsche.

Ich habe mich am 3. März so ohnmächtig gefühlt wie seit Jahrzehnten nicht mehr. Dieses Gefühl möchte ich nicht noch einmal erleben. Faschismus ist eine menschenfeindliche Ideologie. Kein Fußbreit den Nazis!

Bernd Drücke

Weitere Infos: www.keinenmeter.de/ms/
www.freie-radios.net/47275

Fortsetzung von Seite 1

„Piratenprozess“ in Hamburg - alles unklar?



© Abb.: reclaim-the-seas.blogspot

Zeuge gehört. Sämtliche Anträge der Verteidigung, Entlastungszeugen aus Somalia zu hören, die hätten bestätigen können, dass die Angeklagten nicht ganz freiwillig auf der 'Taipan' gelandet sind, wurden mit der Begründung abgelehnt, in Somalia gäbe es kein Melde- und Postwesen und damit sei es unmöglich die Zeugen aufzufinden. Oder wie einer der Angeklagten zum Richter gesagt hat: „Ich kann alles nachweisen, aber ich glaube, Sie wollen es nicht wissen“. Ebenso abgelehnt wurden wiederholte Anträge, zumindest den jugendlichen Angeklagten Haftverschonung zu gewähren und sie in einer Jugendwohnung unterzubringen. Einige der Angeklagten überstehen die Situation nur noch mit Hilfe von Psychopharmaka. Einer sagt: „Meine Seele ist zerstört. Ich bin hierher gebracht worden, ich kann hier nicht mehr sein“.

Der vorsitzende Richter Steinmetz hat zwar immer wieder beteuert, die Lebensumstände der Angeklagten zu berücksichtigen, aber es sind Zweifel angebracht, ob er wirklich etwas verstanden hat. In einer für den Prozess typischen Szene berichtete einer der Angeklagten von der Fülle des Essens im Knast in Hamburg und begann aufzuzählen, welches Gemüse er hier zum ersten mal gegessen habe. Dies wurde prompt vom Richter

abgewürgt mit der Begründung, es ginge hier nicht darum, den Speiseplan des UG vorzulesen. Das völlige Unvermögen des Richters, sich in die Situation der Gefangenen hineinzuversetzen, wird auch in einem weiteren Dialog deutlich. Ein Angeklagter berichtet von der Flucht seiner Familie, mitsamt Esel. Die einzige Frage, die dem Richter dazu einfiel, war: „Ist der Esel selber gelaufen?“. Ein anderer Angeklagter bringt es auf den Punkt: „Für Sie ist es unvorstellbar - Sie leben im Paradies, wir in der Hölle!“

Als dann Ende Januar endlich die Beweisaufnahme abgeschlossen schien und die Staatsanwältin ihr Plädoyer gehalten hatte, herrschte Unglaube und Entsetzen unter den Angeklagten, deren Familien und unter den Prozessbeobachter_innen. Die Staatsanwältin hatte Haftstrafen von zwischen vier Jahren für den jüngsten Angeklagten und elfeinhalb Jahren gefordert. Die Angeklagten, die das Plädoyer irrtümlicherweise bereits für das Urteil gehalten hatten, waren fassungslos. Alle hatten dem Gericht bereitwillig über ihre Lebensbedingungen in dem seit 20 Jahren vom Bürgerkrieg zerrissenen Land berichtet und versucht darzulegen, unter welchen Umständen sie auf die 'Taipan' gelangt waren. Sie fühlten sich hintergangen und hatten kein Vertrauen mehr in das Gericht. Einer fragte: „Ich kenne mich hier nicht aus. Ich weiß nicht, was Gerechtigkeit hier ist. Vertreten Sie nur Deutsche?“.

Daraufhin ergriffen einige Prozessbeobachter_innen die Initiative und schrieben einen offenen Brief an die Angehörigen der Gefangenen, um einen Kommunikationsweg zu öffnen. Eine Autorin sagt: „Wir haben beschlossen, über das Internet einen Brief an die Familien und Freunde der Angeklagten zu schreiben, um sie wissen zu lassen, dass ihre Söhne, Väter und Brüder hier nicht ganz allein sind. Dass es hier Menschen gibt, die sie besuchen und die es interessiert und berührt, woher sie kommen und was mit ihnen geschieht“. Inzwischen hat auch der somalische Sender Horn Cable TV, der auch in Großbritannien zu empfangen ist, über diese Initiative berichtet.

Im Laufe des Verfahrens hatte es auch schon etliche Veranstaltungen zum Thema Piraterie, zur Situation in Somalia und zum Prozess gegeben. Allerdings wurde diese Tatsache vom Gericht

prompt als Begründung herangezogen, den Angeklagten Haftverschonung zu verweigern: Das Gericht unterstellte den Organisator_innen der Veranstaltungen, sich im Zweifelsfall auch als Fluchthelfer zu betätigen, daher bestehe erhöhte Fluchtgefahr.

In diesen Veranstaltungen wurde auch die Frage nach dem Sinn und Zweck dieses Prozesses aufgeworfen. Da es kaum vorstellbar ist, dass das Gericht tatsächlich glaubt, mit einer Haftstrafe zukünftige Piraten, die bei einem Angriff ihr Leben riskieren, abzuschrecken, muss es um etwas anderes gehen. Von Anfang an war Deutschland an der Militärmission 'Atalanta' beteiligt und im letzten Jahr war ein Deutscher vier Monate lang der Oberkommandierende. Atalanta ist der erste gemeinsame europäische Militäreinsatz. Die offizielle Aufgabe ist der Schutz von Hilfslieferungen nach Somalia, in der Zwischenzeit sollen die Schiffe aber auch mal Jagd auf Piraten machen. Außenminister Westerwelle begründet dies: „Die Wahrnehmung wirtschaftlicher Interessen, auch die Wahrnehmung von Rohstoffinteressen, muss Teil unserer strategischen Überlegungen sein. Ich wundere mich, dass der von mir befürwortete Einsatz unserer Bundeswehr-Soldaten gegen Piraterie von einigen im Bundestag moralisch als nicht gerechtfertigt hingestellt wird“ (Interview mit der Wirtschaftswoche, 4.2.2012). Dies sei allerdings nicht immer so, denn „dass wir wegen der Rohstoffe mit der Bundeswehr in Afghanistan seien, ist Unsinn“. Das verstehe wer will, aber eine Regierung, die allein in diesem Jahr 95 Millionen Euro für den Atalanta-Einsatz ausgibt, will vermutlich auch Resultate sehen.

Dabei bekommen die Militärs zunehmend Konkurrenz. Unmittelbar nach dem Überfall wurde die 'Taipan' nach Liberia ausgeflaggt, um private bewaffnete Sicherheitskräfte an Bord führen zu können. Dies ist derzeit nach deutschem Recht verboten, allerdings mehrheitlich die Stimmen, die nach einer Gesetzesänderung verlangen. Eine Bewaffnung wird allerdings sowohl von der Marine, als auch von den Besatzungen als gefährliche Eskalation gesehen. Insbesondere die Kapitäne sind besorgt, da sie letztendlich die Verantwortung für alle Vorgänge auf dem Schiff haben und nicht immer sind die Sicherheitsdienste so

schlau wie die auf einem britischen Schiff, die in dem Moment, als Piraten das Schiff betraten, über Bord sprangen und sich schnell entfernten.

Auch dabei geht es natürlich um wirtschaftliche Interessen. Die Financial Times schätzt, dass allein die zwei größten Sicherheitsfirmen monatlich 55 Millionen US-Dollar für ihre Dienste auf Handelsschiffen kassieren. Das ist ein Vielfaches dessen, was die Piraten an Lösegeld erbeuten. Damit hätten es die Industrieländer zum dritten Mal geschafft, sich am andauernden Bürgerkrieg in Somalia zu bereichern. Erst entzogen sie der Bevölkerung ihre Lebensgrundlage, indem sie die Fischbestände vor Somalia plünderten. Als dann kaum noch Fische vorhanden waren, verkippten sie ihren Giftmüll dort - eine Tatsache, die nur durch den Tsunami von 2004 im wahren Sinne des Wortes an die Oberfläche kam. Jetzt wird mit der Bewaffnung der Handelsschiffe ein weiteres Mal von der Verzweiflung der Bevölkerung profitiert. Und kürzlich wurde bekannt, dass im Norden Somalias Ölvorkommen gefunden wurden.

Ob es da Zufall ist, dass deutsche Politiker zunehmend davon reden, die Piraterie an Land bekämpfen zu wollen?

Reclaim the seas

Aktuelle Informationen und kurze Prozessberichte stehen auf <http://reclaim-the-seas.blogspot.com>



© Abb.: reclaim-the-seas.blogspot